

Antragsteller:  
Anne Röder  
Beirat für Behindertenfragen

Drucksachen-Nr.

**4389/2009-2014**

Datum:

19.06.2012

**An den Vorsitzenden des  
Beirates für Behindertenfragen**

**Antrag**

**Aufnahme in die Tagesordnung**

Gremium	Sitzung am	Beratung
Beirat für Behindertenfragen	27.06.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Schulische Integrationshelfer**

**Beschlussvorschlag:**

Um die Grundlagen für eine inklusive Schullandschaft zu legen, bittet der Beirat für Behindertenfragen die Verwaltung, die Bewilligung und Einsatzmöglichkeiten von Integrationshelfern, u.a. unter dem besonderen Aspekt der OGS, neu zu regeln. Dabei sollen alle betroffenen Ämter wie Amt für Schule, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - und das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - beteiligt werden.

**Begründung:**

Bisher wirkt die Bewilligungspraxis für Integrationshelfer in der OGS sehr willkürlich. Einige Kinder erhalten einen Integrationshelfer, andere nicht. Außerdem geschieht es, dass 2 Jahre lang eine Bewilligung ausgesprochen wird und danach die Bewilligung aberkannt wird. In einer gebundenen Ganztagschule gibt es kein Problem diesbezüglich. Die unterschiedliche Auslegung liegt in der Anerkennung der OGS als eine Instanz, die zur Schulbildung eines Kindes beiträgt. Das Sozialgesetz ist Bundesrecht, das Integrationshelfer unabhängig vom Einkommen der Eltern bewilligt, solange dies zur Schulbildung beiträgt. Die Landesregierung fordert entsprechend für **alle Kinder** eine Teilnahme zu ermöglichen, die es wollen. Dennoch ist NRW-weit eine ähnlich widersprüchliche Bewilligungspraxis erkennbar.

Seit September 2011 gibt es ein Urteil des Sozialgerichtes Köln für einen Integrationshelfer in der OGS, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist.

Im Sinne einer Weiterentwicklung unserer schulischen Landschaft zu einem inklusiven Bildungssystem wäre den Betroffenen sehr geholfen, wenn sich die verschiedenen Ämter zusammensetzten und die Finanzierbarkeit und Einsatzmöglichkeiten von

Integrationshelfern neu überdenken.

Beispielsweise die schon in früheren Beschlüssen genannte Poolbildung oder die Anstellung eigener Integrationshelfer bei der Stadt usw.

**Berichterstattung:**

Anne Röder

**Unterschrift:**

gez. Anne Röder